

„Kindische Mätzchen von Saboteuren“

Die erste politische Massenkundgebung der Zweiten Republik am 5. Mai 1947

MANFRED MUGRAUER

Hatte es unmittelbar nach der Befreiung Österreichs so ausgesehen, als würde die KPÖ einen mitunter bestimmenden Einfluss auf die künftige Entwicklung nehmen können, wurde sie durch das für die Partei enttäuschende Ergebnis der Wahlen vom 25. November 1945 auf die Position einer Kleinpartei zurückgeworfen. Sie war zwar auch in der von Leopold Figl gebildeten Konzentrationsregierung mit einem Minister vertreten, de facto bestand jedoch bereits 1946/47 eine „Große Koalition“, welche die Weichen in Richtung Westorientierung, kapitalistische Restauration und Antikommunismus stellte. Vor diesem Hintergrund entwickelte die KPÖ ihre Politik im Spannungsfeld von Regierung und Opposition. Sie lavierte zwischen ihrer Rolle als „konstruktiver Staatspartei“ und einer Konfrontation mit den beiden Großparteien.

Propagandistisch wurde 1946/47 vor allem an die angespannte Wirtschafts- und Ernährungslage und an die sozialen Probleme der Bevölkerung angeknüpft. Im Frühjahr 1946 führte die Lebensmittelknappheit zu regelrechten Hungersnöten. Im Hungerwinter von November 1946 bis Februar 1947 weiteten sich die Mangelerscheinungen zu einer tiefen Wirtschaftskrise aus. Im Frühjahr und Sommer 1946 kam es aus Protest gegen die schlechte Ernährungslage zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Protestkundgebungen der ArbeiterInnenschaft, ohne dass die KPÖ zu diesem Zeitpunkt organisierend eingegriffen hätte. Sie beschränkte sich zunächst auf die Verabschiedung von Resolutionen in den Gemeindeausschüssen und Großbetrieben und auf eine Kampagne gegen die „Ernährungssabotage“ und „Hungerverschwörung“. Nichtsdestoweniger wurden die spontanen Streiks von Kanzler Figl nicht als „Ausfluß einer momentanen Erregung“, sondern als „Ergebnis einer systematischen Verhetzung und eine wohlorganisierte Angelegenheit“ qualifiziert.¹

Mit der Vertiefung der innenpolitischen Polarisierung wurde die KPÖ immer stärker zu einem organisierenden und politisierenden Element der Protestbewegungen. Im November 1946 startete die Partei eine Kampagne zur Durchführung von Neuwahlen, um auf diesem

Weg ihr Gewicht in der Regierung zu stärken und einen prinzipiellen Kurswechsel einleiten zu können.² Um dieser Forderung entsprechenden Nachdruck zu verleihen, setzte die Partei verstärkt auf außerparlamentarische Aktionen. Die Steigerung der Proteste zu einer Massenbewegung bis hin zum Generalstreik wurde nun zum wichtigsten politischen Ziel der Partei. Die kommunistischen AktivistInnen, GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen waren fortan führend an der „Hungerbewegung“ beteiligt und organisierten Protestversammlungen, Petitionen, Demonstrationen und Streiks auf lokaler und betrieblicher Ebene. Am 10. Oktober 1946 traten die Steyr-Werke in Oberösterreich wegen der unzureichenden Ernährung und der niedrigen Löhne in den Streik, am 14. Oktober 14 Betriebe im niederösterreichischen Ybbs-tal wegen der Kürzung der Rationen.³ Allein in Niederösterreich beteiligten sich 72 Betriebe an den als „Kalorienstreiks“ bezeichneten Arbeitskämpfen.⁴ Vor allem von Frauen getragene Hungerdemonstrationen in Notstandsgebieten wie Wiener Neustadt am 24. Oktober, in Graz am 13. November oder in Salzburg und Hallein am 4. Dezember mobilisierten mehrere tausend Menschen.⁵ Aber auch in Städten und Gegenden, wo der kommunistische Einfluss nicht ausschlaggebend war, wie etwa in Innsbruck und Klagenfurt, fanden die Aktionen für eine Verbesserung der Rationen und gegen den Schwarzmarkthandel breite Resonanz.⁶ Die dabei erhobenen Forderungen bezogen sich auf die Lebensmittel-lage, die Steuerpolitik und das Verhältnis von Löhnen und Preisen. Verlangt wurden Lohnerhöhungen und ein genereller Preisstopp, eine Halbierung der aus der NS-Zeit stammenden Lohnsteuer sowie eine Erhöhung der Kaloriensätze.

Spontane Demonstration

Im März und April 1947 folgte eine neue Welle an Massendemonstrationen und Streiks. Anfang März streikten mehrere Abteilungen der Alpine Donawitz, nachdem im Lebensmittelaufwurf die versprochene Kalorienzahl unterschritten worden war. Am 10. und 14. März sowie am 24. April 1947 traten in Wien mehrere Industriebetriebe wegen der Nicht-

erfüllung der Lebensmittelaufträge für einige Stunden in den Streik.⁷ Mitte März kam es „wegen der unerträglichen Ernährungsverhältnisse“ in mehreren niederösterreichischen Orten – etwa in Neunkirchen, Mödling, Hollabrunn und Gmünd – zu Streiks und Demonstrationen.⁸ Einen international beachteten Höhepunkt erreichte diese Protestwelle am 5. Mai 1947 mit der Demonstration auf dem Wiener Ballhausplatz. Laut Angaben der KPÖ zogen 20.000 ArbeiterInnen und Angestellte vor das Bundeskanzleramt und das Gebäude des Gewerkschaftsbundes in der benachbarten Ebendorferstraße, um aufgrund der seit Wochen nicht erfüllten Lebensmittelaufträge gegen die schlechte Ernährungslage und „die überall herrschende Misswirtschaft“ zu demonstrieren.⁹ Andere Quellen, wie etwa die *Wiener Zeitung* als Regierungsblatt oder ein amerikanischer Bericht, sprachen von 4.000 bis 5.000 Menschen, die sich am Ballhausplatz versammelt hätten.¹⁰ Elf Demonstranten, die über ein Baugerüst in das Bundeskanzleramt eingedrungen waren, wurden zwar festgenommen, aber auf Wunsch von Kanzler Figl gleich wieder freigelassen.¹¹ „Unbegreiflicherweise“, wie der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Heinrich Wildner in seinem Tagebuch die Auffassung von Außenminister Karl Gruber überliefert. Dieser soll zu Wildner sowohl am Tag der Demonstration als auch einen Tag später „fortwährend“ gesagt haben, „man müsse bei solchen Sachen sofort, gleich am Anfang, schießen, die Leute würden dann gleich davonlaufen“.¹²

Diese erste große Massenkundgebung der Zweiten Republik wurde in späteren Darstellungen – sowohl in der Memoiren- als auch in der Forschungsliteratur – zum ersten „Putschversuch“ der KPÖ hochstilisiert, zur Generalprobe für den Oktoberstreik des Jahres 1950. So spricht nicht nur der damalige Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) vom „Kommunistenputsch vom Mai 1947“,¹³ sondern auch die in Oxford promovierte Historikerin und heutige Professorin für internationale Beziehungen Audrey Kurth Cronin von einem „attempted communist putsch“.¹⁴ Demgegenüber führte die KPÖ ins Treffen, dass die Aktionen „spontan entstan-



Hungerdemonstration am Wiener Ballhausplatz am 5. Mai 1947.

den“ und „in mustergültiger Disziplin verlaufen“ seien. Sie seien damit „ein Beweis politischer Reife und tiefen Verantwortungsbewußtseins“ der Protestierenden, so Franz Honner.¹⁵ Ungeachtet dessen, dass die KPÖ zu keinem Zeitpunkt eine gewaltsame Machtübernahme in Erwägung gezogen hat, geben auch die KPÖ-internen und sowjetischen Quellen Aufschluss darüber, dass es sich am 5. Mai 1947 um eine spontane Initiative unzufriedener ArbeiterInnen handelte, in deren Verlauf sich die KPÖ an die Spitze setzte,¹⁶ und nicht um einen gelenkten Kraftakt der Partei zur Erstürmung des Bundeskanzleramtes mithilfe kommunistischer USIA-Arbeiter, wie bei Rainer Leignitz in einem Beitrag über die KPÖ in einem ÖVP-nahen Sammelband zu lesen ist.¹⁷ Alois Peter berichtete drei Tage nach den Ereignissen in der Sitzung des Zentralkomitees der KPÖ, dass sich die Demonstrationen aus „den Wiener Betrieben [...] ohne unser Zutun in Bewegung gesetzt“ hätten, „bezeichnenderweise nicht in jenen Bezirken, wo wir russische Besatzungskräfte haben, sondern in jenen Bezirken, die von Engländern und Franzosen besetzt sind“, vor allem in der Simmeringer Waggonfabrik (Simmering-Graz-Pauker), einem verstaatlichten Betrieb, wo die Bewegung am 5. Mai 1947 ihren Ausgang nahm. Nachdem die Wiener ArbeiterInnenschaft zwei Jahre lang „geduldig gelitten“ und „keine großen Aktionen gemacht“ habe, sei es jetzt „spontan zu einer Demonstration gekommen“,¹⁸ so der Wiener Landessekretär. „Obwohl der Zeitpunkt für eine Aktion noch nicht gegeben schien, ist dieselbe spontan zum Ausbruch gekommen“, ist auch im Proto-

koll der Sitzung einer Wiener Bezirksleitung vom 6. Mai 1947 zu lesen.¹⁹

„Internationale Aufrührer und Agenten“

Einen Tag nach der Kundgebung – am 6. Mai 1947 – traten in Wien und Umgebung 114 Betriebe in den Streik und forderten eine Lohnerhöhung, die Einhaltung der Lebensmittelaufstufe und die Abschaffung der „Nazilohnsteuer“.²⁰ Im Tagesverlauf wurde jedoch von der KPÖ beschlossen, spätestens am 7. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. Dem lag die Einschätzung zugrunde, dass es nicht gelingen würde, eine kommunistisch dominierte Bewegung ohne Unterstützung der ÖGB- und SPÖ-Führung zu einer Massenbewegung zu steigern. Noch an diesem Tag ließ der ÖGB verlautbaren, dass „Streiks und Demonstrationen [...] nur auf ausdrückliche Anordnung des Gewerkschaftsbundes zu erfolgen“ hätten, und verurteilte die Aktivitäten „unbesonnener Elemente“.²¹ Die Sorge der KPÖ-Führung, dass die Partei bei Fortführung der Streiks „in eine unhaltbare Situation geraten würde“,²² belegt, dass die KPÖ den richtigen Zeitpunkt für einen Generalstreik und eine politische Krise zum Austritt aus der Regierung noch nicht gekommen sah. Demgemäß hatten auch Gottlieb Fiala, Franz Honner und Josef Lauscher in ihren Reden vor dem Bundeskanzleramt mäßigend auf die DemonstrantInnen eingewirkt.²³ Der Wiener Parteifunktionär Albert Hirsch berichtete gar von einer Beratung, in der Honner verpflichtet worden sei, die ArbeiterInnen zur Rückkehr in die Betriebe zu bewegen, da die Partei über keine Perspektive verfügt habe, was genau mit einer

stürmischen Massenaktion vor dem Kanzleramt erreicht werden könne.²⁴ Fiala führte danach eine 15-köpfige Delegation an, die von Figl und den zuständigen Ministern Josef Kraus (Land- und Forstwirtschaft) und Otto Sagmeister (Volkswirtschaft) empfangen wurde.²⁵ An ihr nahmen auch der leitende ÖGB-Sekretär Karl Flöttl und der Zentralsekretär der Metallarbeitergewerkschaft Dominik Hummel (beide SPÖ) teil, was die Legende von der kommunistisch „gelenkten“ Aktion ebenso relativiert wie die Tatsache, dass an der Spitze des Demonstrationszuges der Simmeringer ArbeiterInnen neben Hummel auch der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Sladek marschiert war.²⁶

Zur Diskreditierung der Kundgebung wurde nun „zum ersten Mal im großen Stil mit dem Handwerkszeug des Antikommunismus gearbeitet“, wie der Wirtschaftshistoriker Fritz Weber einschätzt.²⁷ In der zwei Tage später im Nationalrat stattfindenden Debatte sprach der ÖVP-Politiker Lois Weinberger von Demonstranten, „die Revolver in der Tasche gehabt haben“ und „die in Wirklichkeit Albaner, Griechen und Bulgaren sind“.²⁸ Auch Innenminister Oskar Helmer bemühte sich einem sarkastischen Heine-Vers aus „Krähwinkels Schreckenstagen“ gerecht zu werden²⁹ und versuchte die Demonstration mit Hinweis auf sechs „eingeschleuste“ Ausländer, die festgenommen worden waren, als ferngelenkt darzustellen.³⁰ Eine Woche später musste Leopold Figl im Ministerrat richtigstellen, dass am Ballhausplatz keine Bulgaren anwesend gewesen wären und die albanische Kolonie insgesamt nur drei Mitglieder in Wien zähle. „Aber es gibt Staatsangehörige, die Flüchtlinge sind und sich als Albanesen bezeichnen“, so der Bundeskanzler zu seiner Rechtfertigung.³¹ Nichtsdestoweniger behauptete Karl Gruber sechs Jahre später in seinem Erinnerungsbuch, dass am 5. Mai 1947 vor dem Ballhausplatz „ein paar hundert internationale Aufrührer und Agenten“ unter der „aufgehetzten Arbeiterschaft der Vorstadtfabriken“ zu finden gewesen wären. In seiner Darstellung drangen auch nicht elf, sondern gleich 80 Demonstranten in das Bundeskanzleramt ein.³²

Der KPÖ hingegen erschien es als größerer Skandal, dass die Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung Militärpolizei bei der Interalliierten Militärkommandantur angefordert hatte.³³ Ein am 7. Mai 1947 im Nationalrat eingebrachter Entschließungsantrag von Ernst

Fischer, der dieses Vorgehen verurteilte, gelangte jedoch mangels Unterstützung durch die beiden anderen Parteien nicht zur Abstimmung.³⁴ Für Empörung bei den kommunistischen Abgeordneten sorgte die vorangegangene Aussage von Leopold Figl, der die Protestaktion von Wiener ArbeiterInnen als „kindische Mätzchen von Saboteuren und Querulanten“ abtat und sich insgesamt von „irgendwelche(n) kleine(n) oder kleinste(n) Demonstrationen, die meist gar nicht von Österreichern organisiert sind“, unbeeindruckt zeigte.³⁵ In einer steiermärkischen ÖVP-Zeitung war von „kommunistischen Stoßtrupp“ und „Radaubrüdern“ mit Pistolen und Schlagringen die Rede, und in der *Neuen Zeit* der SPÖ Steiermark wurde gar ein Vergleich zum Juliputsch der NSDAP im Jahr 1934 gezogen.³⁶ Im Gefolge dieser Demonstration forderte die Regierung eine bessere Ausrüstung und Bewaffnung der österreichischen Polizei,³⁷ wobei im Ministerrat vor allem Karl Gruber – wie Karl Altmann berichtete – als „Scharfmacher“ auftrat.³⁸

Oppositionelle Hauptkraft

Durch die Bewegung in den Wiener Betrieben sah sich die KPÖ in ihrer Orientierung bestätigt, dass „der wichtigste Hebel zur Mobilisierung der Massen der gesteigerte Kampf für ihre unmittelbarsten und dringendsten Forderungen“ sei, wie Johann Koplenig drei Tage nach der Demonstration in der Sitzung des Zentralkomitees einschätzte.³⁹ Zum ersten Mal seit der Befreiung Österreichs sei die Arbeiterschaft „wieder als Klasse, als Arbeiterklasse, offen auf den Plan getreten“.⁴⁰ Die KPÖ wertete es auch als Teilerfolg dieser Bewegungen, dass nach dem 5. Mai die vollen 1.550 Kalorien in den Lebensmittelaufrufen garantiert wurden.⁴¹ Gleichzeitig war klar geworden, dass die im Rahmen der Demonstration spontan laut gewordene Parole „Generalstreik“ keine tagesaktuelle Lösung sein konnte und man von einer einheitlichen Massenaktion zur Erzwingung von Neuwahlen nach wie vor weit entfernt war. Auch bei den in den folgenden Wochen und Monaten stattfindenden Proteststreiks und Demonstrationen in Markt, Neunkirchen, St. Pölten, Ternitz und Wimpasing in Niederösterreich oder in den Steyr-Werken sowie bei Schoeller-Bleckmann in Mürzzuschlag in der Steiermark handelte es sich um lokale Bewegungen, die auf die Einhaltung der Lebensmittelaufträge und die Beseitigung der „Nazilohnsteuer“ abzielten.⁴² Allein für Niederösterreich errechnete die KPÖ



Die DemonstrantInnen vor dem Bundeskanzleramt am 5. Mai 1947.

45.000 ArbeiterInnen und Angestellte, die vor dem August 1947 vorübergehend die Arbeit niederlegten, um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen.⁴³ Anfang Oktober traten die Metall- und Bergarbeiter in Donawitz, Fohnsdorf, Seegraben und Eisenerz im obersteirischen Industriegebiet in den Streik.⁴⁴

Als im Juni 1947 mit der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan die außenpolitische Westorientierung endgültig festgeschrieben wurde, leitete die KPÖ eine Umorientierung auf längerfristige Perspektiven ein. Manifeste Ausdruck dieser Entwicklung war das Ausscheiden aus der Dreiparteienregierung im November 1947. Nach dem Austritt aus der Figl-Regierung wurden die außerparlamentarischen Aktivitäten zum wichtigsten Schwerpunkt der kommunistischen Politik. Die KPÖ entwickelte sich zum Hauptfaktor der Massenbewegungen gegen die Lohn-Preis-Abkommen und zur wichtigsten oppositionellen Kraft gegen die kapitalistische Restauration.

Anmerkungen:

1/ Vgl. Stenographisches Protokoll. 21. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 28.5.1946, S. 464.

2/ Wir fordern Neuwahlen. Die reaktionäre Clique, die an unserem Elend schuld ist, muß aus der Regierung verschwinden. Beschluß der Konferenz der kommunistischen Vertrauensmänner der Wiener Betriebe und Bezirke, in: *Volksstimme*, 22.11.1946, S. 1–2, hier S. 1.

3/ Streiks und Hungerdemonstrationen in Steyr, in: *Volksstimme*, 11.10.1946, S. 1; Die Bewegung in den Betrieben, in: *Volksstimme*, 12.10.1946, S. 1; Zentrales Parteiarchiv (ZPA) der KPÖ, Die gewerkschaftlichen Aktionen vom 13. bis zum 14. Parteitag, o.D. [1948], S. 3.

4/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 91.

5/ Große Kundgebung auf dem Wiener-Neustädter Hauptplatz, in: *Volksstimme*, 27.10.1946, S. 3; Schwere Ernährungskrise in Steiermark. 6000 Grazer Frauen demonstrieren vor dem Landhaus, in: *Volksstimme*, 14.11.1946, S. 1; Neue Demonstrationen wegen Lebensmittelkrise, in: *Volksstimme*, 6.12.1946, S. 1.

6/ Lewis, Jill: Auf einem Seile tanzen: Die Anfänge des Marshall-Planes und des Kalten Krieges in Österreich, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien: Ueberreuter 1999, S. 297–314, hier S. 307. 7/ Streiks in Wiener Betrieben, in: *Volksstimme*, 11.3.1947, S. 1; Proteststreiks in Wiener Betrieben, in: *Volksstimme*, 15.3.1947, S. 2; Der Streik in der Floridsdorfer Eisenbahnwerkstätte, in: *Volksstimme*, 18.3.1947, S. 2; Proteststreiks in Wiener Betrieben, in: *Volksstimme*, 25.4.1947, S. 1–2.

8/ Hungerdemonstrationen in Niederösterreich, in: *Volksstimme*, 16.3.1947, S. 2; Mödlinger Arbeiter demonstrieren, in: *Volksstimme*, 20.3.1947, S. 2.

9/ Honner, Franz: Der Mai-Streik der Wiener Arbeiter, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 4, S. 3–5, hier S. 3.

10/ Kundgebungen am Ballhausplatz und vor der Arbeiterkammer, in: *Wiener Zeitung*, 6.5.1947, S. 1; The American Minister (John Erhardt) to the Secretary of State, Telegram No. 358, 5.5.1947, Dok. Nr. 35/1 in: Wagnleitner, Reinhold (Hg.): *Understanding Austria. The Political Reports and Analyses of Martin F. Herz. Political Officer of the US Legation in Vienna 1945–1948.* Salzburg: Wolfgang Neugebauer Verlag 1984 (Quellen zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 149.

11/ Vgl. Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien: Verlag Österreich 2011, S. 506.

12/ „Man ist noch immer nervös. Wir sind sehr scharf bewacht.“ Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1947, hg. vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. Wien: Eigenverlag 2015, S. 63f.

13/ Z.B. Schärf, Adolf: Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1955, S. 161–163, hier S. 163.

14/ Cronin, Audrey Kurth: Great Power Politics and the Struggle over Austria, 1945–1955. Ithaca, London: Cornell University Press 1986, S. 50.

15/ Honner, Franz: Der Mai-Streik der Wiener Arbeiter, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 4, S. 3–5, hier S. 4.

16/ RGASPI 17/125/513/35, 37–45, 57–64, Informationsbulletin der SČSK über Fragen der Einheit der Arbeiterklasse in der Arbeitspraxis der KPÖ, 20.6.1947, Dok. Nr. 44 in Mueller, Wolfgang u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Wien: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 2005, S. 413–433, hier S. 421.

17/ Leignitz, Rainer: KPÖ: Die verfehlte Volkdemokratie, in: Reichhold, Ludwig (Hg.): Zwanzig Jahre Zweite Republik, Österreich findet zu sich selbst. Wien: Verlag Herder 1965, S. 53–62, hier S. 58f.

18/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 2: Alois Peter, S. 1.

19/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung der KPÖ Hietzing am 6.5.1947, S. 1.

20/ Regierung verspricht Nachlieferung von Erdäpfeln und Fleisch, in: *Volksstimme*, 7.5.1947, S. 1; Honner, Franz: Der Mai-Streik der Wiener Arbeiter, in: *die arbeit*, 1. Jg. (1947), Nr. 4, S. 3–5, hier S. 3.

21/ Die Hungerdemonstrationen in Wien. Trotz berechtigter Erregung besonnenes Verhalten erforderlich, in: *Solidarität*. Zentralorgan des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Nr. 32, Mai 1947, S. 3.

22/ Vgl. ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 2: Alois Peter, S. 1f.

23/ Die Arbeiter auf der Straße, in: *Volksstimme*, 6.5.1947, S. 1.

24/ ZPA der KPÖ, Protokoll der Sitzung der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ am 5.7.1985, S. 5.

25/ Vgl. RGASPI 17/125/513/35, 37–45, 57–64, Informationsbulletin der SČSK über Fragen der Einheit der Arbeiterklasse in der Arbeitspraxis der KPÖ, 20.6.1947, Dok. Nr. 44 in Mueller u.a. (Hg.): Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955, S. 413–433, hier S. 421; ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des

ZK der KPÖ, 6.5.1947, S. 2f.

26/ Die Betriebsrätekonferenzen fordern: Zusagen müssen gehalten werden, in: *Volksstimme*, 8.5.1947, S. 2.

27/ Weber, Fritz: Der kalte Krieg in der SPÖ. Koalitionswächter, Pragmatiker und Revolutionäre Sozialisten 1945–1950. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik 1986 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 25), S. 129f.

28/ Sten. Prot. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. GP., 7.5.1947, S. 1433–1444, hier S. 1441.

29/ „Ausländer, Fremde, sind es meist, / Die unter uns gesät den Geist / Der Rebellion. Dergleichen Sünder, / Gottlob! sind selten Landeskin-der.“ (Heine, Heinrich: Gedichte 1845 und 1856. Berlin: Akademie-Verlag 1986, S. 197).

30/ Sten. Prot. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. GP., 7.5.1947, S. 1444–1445, hier S. 1445.

31/ Protokolle des Ministerrates, Bd. 6, S. 12.

32/ Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien: Ullstein 1953, S. 162–164, hier S. 163.

33/ Helmer und Gruber haben Militärpolizei angefordert, in: *Volksstimme*, 7.5.1947, S. 1–2, hier S. 1.

34/ Sten. Prot. 51. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, V. GP., 7.5.1947, S. 1426.

35/ Ebd., S. 1407–1409, hier S. 1409; Der Kanzler beschimpft die Arbeiter, in: *Volksstimme*, 8.5.1947, S. 1.

36/ Vgl. VP befiehlt „Trennungsstrich“ gegen die Kommunisten – die SP pariert, in: *Volksstimme*, 13.5.1947, S. 2.

37/ Protokolle des Ministerrates, Bd. 6, S. 508f.; Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 164.

38/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 6.5.1947, S. 5.

39/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 8.5.1947, Beilage 1: Referat von Johann Kopenig, S. 19.

40/ Kopenig, Johann: An die jungen Kommunisten Wiens. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 1), S. 16.

41/ Das Warnungssignal, in: *Volksstimme*, 11.5.1947, S. 2.

42/ Die Betriebsrätekonferenzen fordern: Zusagen müssen gehalten werden, in: *Volksstimme*, 8.5.1947, S. 2; Proteststreiks und Hungerdemonstrationen, in: *Volksstimme*, 11.6.1947, S. 2; Neuerliche Demonstration in Neunkirchen, in: *Volksstimme*, 13.6.1947, S. 2; Proteststreiks gegen den Freispruch, in: *Volksstimme*, 14.6.1947, S. 1; Streik der Steyr-Werke, in: *Volksstimme*, 27.6.1947, S. 1.

43/ Lauscher, Fritz: Die niederösterreichischen Betriebe für die 25prozentige Lohnerhöhung, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 10, S. 9–10, hier S. 9.

44/ Neue Verschärfung der Ernährungslage, in: *Volksstimme*, 3.10.1947, S. 2; Steirische Arbeiter im Kampf gegen den Hunger. Fortdauer der Streikbewegung, in: *Volksstimme*, 4.10.1947, S. 2.

Louis Mahrers geliehenes Leben

Der Widerstand von zwei Wehrmachtssoldaten in Serbien 1944 und der späte Ruhm der Erzählung „Bora“ (1947).

Die Erzählung „Bora“ des Kremser Louis Mahrer handelt von zwei Wehrmachtssoldaten in Serbien 1944/1944 und wurde bereits 1947 im Wachau Verlag publiziert. Diese Erzählung ist ein Novum in der österreichischen Nachkriegsliteratur, da hier zum ersten Mal der Widerstand von zwei Österreichern in der deutschen Wehrmacht auf dem Balkan und der brutale Krieg gegen die Partisanen und die Zivilbevölkerung geschildert wird. Durch den Bruch zwischen Tito und Stalin 1948 war eine Rezeption dieser Erzählung so gut wie nicht möglich.

Bei der Suche nach den titoistischen Agenten kam Mahrer nicht ins Visier. Ein Freund seiner Einheit, der in der sowjetischen Zone in Deutschland lebende Gerhard Brattke, verlor seinen Job bei der Zeitung. Ein Großteil der Auflage des Büchleins landete in Mahrers Keller. Auch die KPÖ Krems war nicht besonders angetan, die Geschichte zu verbreiten, derzufolge vielleicht ein Kremser mitgeholfen hatte, Tito das Leben zu retten.

In diesem von Robert Streibel herausgegebenen Band wird nicht nur die Erzählung neu aufgelegt, sondern auch die Geschichte des Autors Louis Mahrer, des Kommunisten, Lehrers und Aktivisten der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* in Krems dokumentiert. Ein spannendes Zeugnis für das Überleben in der Wehrmacht stellt sein Arbeitsjournal dar, war doch die Literatur und das Lesen sein Überlebenselexier.

Louis Mahrer: *Bora. Erzählung. Mit einem historischen Kommentar von Robert Streibel.* Weitra: Verlag Bibliothek der Provinz 2017, 215 S., 22,- Euro

